

IF2|24

ZEITSCHRIFT FÜR
INNERE FÜHRUNG

Wehrhaftigkeit

Beitrag der Gesamtgesellschaft zur Zeitenwende

Brigade Litauen

Sicherheitsexperte
Carlo Masala im Interview

Wahlen in Taiwan

Der Urnengang und die
Reaktionen der Volksrepublik China



BUNDESWEHR

Kriegs- tüchtig?

Wo steht die Bundeswehr?





Titelthema „Kriegstüchtig?“

Impuls

Stefan Gruhl

16 Kriegstüchtigkeit – eine Frage der Perspektive

Roderich Kiesewetter

18 Wenn Kriege zum System werden

Wehrhaftigkeit als neuer
gesamtgesellschaftlicher Ansatz

Alfons Mais

24 Dringend und notwendig: Impuls für die Gesellschaft

Die Verteidigungspolitischen Richt-
linien, leitend für das Deutsche Heer
und die Gesellschaft

Jens-Uwe Rohrmoser

30 Mindset & Material

Kriegstüchtigkeit. Und warum es uns
so schwerfällt, damit umzugehen

André Bodemann

36 Operationsplan Deutschland

Nicht im Krieg, aber schon
lange nicht mehr im Frieden

Innere Führung

Peter Lieb

44 Zeitenwende in der Inneren Führung?

Ein Blick in die Geschichte für die
Herausforderungen von morgen

Welt & Partner

Sebastian von Münchow

50 NATO und EU – Kooperation in Sachen Sicherheit

Seit 2016 besteht ein Dialog, der
inzwischen zur Selbstverständlich-
keit geworden ist

Interview

Martin Boldt, Carlo Masala

56 Ein Stolperdraht reicht nicht mehr

Die deutsche Brigade in Litauen als
Zeichen der Zeitenwende

Sven Gareis

60 Taiwan nach der „Wahl zwischen Krieg und Frieden“

Wie geht es weiter im Verhältnis
zur Volksrepublik China?



Geschichte

Heiner Möllers

66

Kriegstüchtig. Kriegsfähig.

Wie im Kalten Krieg?

Ein Blick zurück:
Wie man unsere Bundeswehr wieder
auf Vordermann bringen kann

Rubriken

Zahlen & Fakten

Timo Graf

74

Wehrhafte Bevölkerung

Braucht es einen Mentalitäts-
wandel?

Mediale

76

Buch- und Onlinetipps

79

Impressum

80

Kontroverse

Rückblende

Uwe Brammer

82

Das Ende der französi-
schen Kolonialherrschaft
in Indochina

InFü to go

Mit Informationen
zum Titelthema

Zum Heraustrennen
und Abheften



Die IF als Online-Magazin.
Einfach QR-Code scannen!

Sie möchten die IF erhalten?

Einheiten, Verbände und Dienststellen
bitte an die zuständige Poststelle / Dienst-
vorschriftenstelle wenden und zusätzliche
Exemplare anfordern. Die IF auch als Down-
load unter www.innerefuehrung.de

A person's arm is raised, holding a red flag with white Chinese characters. The background is dark with out-of-focus blue and white lights. A yellow L-shaped graphic is in the top left corner.

Taiwan nach der „Wahl zwischen Krieg und Frieden“

Wie geht es weiter im Verhältnis
zur Volksrepublik China?

Präsidenten- und Parlamentswahlen auf Taiwan sind stets durch das gespannte Verhältnis zur Volksrepublik China geprägt. Diese betrachtet die Insel weiterhin als eine abtrünnige Provinz und besteht auf ihrem Alleinvertretungsanspruch auf Basis des „Ein-China-Prinzips“. Mit Spannung war daher der Ausgang des jüngsten Urnengangs erwartet worden.

von Sven Gareis

Auf Taiwan gibt es einen weitgehenden gesellschaftlich-politischen Konsens, am Status quo der faktischen Eigenständigkeit festzuhalten und die Beziehungen zur Volksrepublik diesem Ziel entsprechend zu gestalten. Dabei existieren Unterschiede zwischen dem von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) geführten „pan-grünen Lager“, welches stärker auf Selbstbehauptung und die wachsende Taiwan-Identität in der Gesellschaft setzt, und dem „pan-blauen Lager“ um die frühere Staatspartei Kuomintang (KMT), welches an einem „Konsens von 1992“ über die Existenz eines Chinas in verschiedenen Interpretationen festhält.

Im Vorfeld von Präsidenten- und Parlamentswahlen unterstreicht die Volksrepublik regelmäßig durch aggressive Rhetorik und militärische Drohgebärden ihren Anspruch auf

Wiedervereinigung und versucht, die Wahlen zuungunsten der von ihr der „Spaltung“ bezichtigten DPP zu beeinflussen. Entsprechend hatte Chinas Partei- und Staatschef Xi Jinping in seiner Neujahrsansprache für 2024 die „historische Unvermeidbarkeit der Wiedervereinigung“ hervorgehoben und der Chef des Büros für Taiwan-Angelegenheiten beim Staatsrat der Volksrepublik, Song Tao, kurz darauf die für den 13. Januar 2024 angesetzten Wahlen als „Entscheidung zwischen Krieg und Frieden“ bezeichnet.

Auch wenn die Volksrepublik ihre Beziehungen zu Taiwan immer als innere Angelegenheit darstellt, sind die globalen Implikationen dieses Konflikts unübersehbar: Taiwan ist längst ein wichtiger Gegenstand in der Großmächterivalität zwischen den USA und der Volksrepublik China geworden.

Jede größere Eskalation oder gar ein Kippen hin zum Einsatz militärischer Gewalt hätte wohl gravierende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft ebenso wie auf die internationale Ordnung insgesamt. Obwohl Taiwan mit seinen rund 24 Millionen Einwohnern ein eher kleines Gemeinwesen darstellt, ist es als High-Tech-Standort mit weltweit führendem Knowhow in der Halbleiter-

und IT-Industrie ein Global Player, von dessen Produkten alle entwickelten Volkswirtschaften abhängig sind. Taiwan bleibt im Fokus der Weltpolitik.

Die Wahlen und ihr Ausgang

Neben den grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich der weltpolitischen Implikationen einer sich verschärfenden Krise um Taiwan wurden insbesondere in einigen westlichen Ländern Befürchtungen laut, dass die Volksrepublik im Windschatten des russischen Kriegs in der Ukraine auch die Spannungen in der Taiwan-Straße verschärfen könnte – möglicherweise auch mit militärischen Mitteln neue Fakten schaffen und hierzu einen aus ihrer Sicht ungünstigen Wahlausgang als Vorwand nehmen könnte. Doch wenngleich die chinesische „Krieg und Frieden“-Rhetorik im KMT-Lager vereinzelt aufgenommen wurde, spielte diese keine wahlentscheidende Rolle.

Vielmehr traten alle Kandidaten für den Erhalt des Status quo im Verhältnis zu China ein und unterschieden sich allenfalls in der Frage, wie dies am besten zu gewährleisten sei. Zudem lenkte der Kandidat der erst 2019 gegründeten Taiwanischen Volkspartei (TPP) den Blick auch auf originär innenpolitische Themen wie sozio-ökonomische Gerechtigkeit und Zukunftschancen für die jüngere Generation.

Im Rennen um die Nachfolge von Präsidentin Tsai Ing-wen, die nach zwei Amtszeiten nicht wieder kandidieren durfte, trat für die DPP Tsais Vizepräsident und vormaliger Premierminister (William) Lai Ching-te zusammen mit der Diplomatin und früheren Repräsentantin Taiwans in den USA (Louise) Hsiao Bi-khim als Kandidatin für die Vizepräsidentschaft an. Das Team gewann die Wahl mit 40,05 Prozent der Stimmen – gut 17 Prozent weniger als Tsai vier Jahre zuvor erhielt. Das pan-blaue Lager trat mit zwei Kandidatenpaaren an, Hou Yu-ih und Jaw Shau-kong für die KMT (33,49 Prozent) sowie Ko Wen-je und Wu Hsin-ying für die TPP (26,46 Prozent).

Im Legislativ-Yuan (Parlament) erhielt – erstmals seit 2004 – keine Partei eine Mehrheit der 113 Sitze. Die DPP verlor elf Sitze und liegt mit 51 Mandaten knapp hinter der KMT mit 52. Die TPP mit ihren acht Sitzen sowie zwei unabhängige Abgeordnete könnten so in Verhandlungen und Entscheidungen im Parlament zum Zünglein an der Waage werden.

Im Vergleich zu Präsidentin Tsai Ing-wen, die während ihrer beiden Amtszeiten auch die Rückendeckung des Parlaments hatte, wird Lai Ching-te nach seiner Amtsübernahme am 20. Mai 2024 verstärkt auf Verhandlungen mit wechselnden Mehrheiten angewiesen sein. Dennoch gelang der DPP in der noch jungen Geschichte der taiwanischen Demokratie ein bemerkenswerter Erfolg: Als erste Partei seit Einführung der Direktwahlen im Jahr 1996 gelang es ihr, in drei aufeinanderfolgenden Wahlgängen das Präsidentenamt zu erobern.

Reaktionen aus China

Trotz der Aussicht auf vier weitere Jahre einer DPP-Präsidentschaft fielen die Reaktionen Beijings auf das Wahl-



ergebnis eher zurückhaltend aus. Unter Hinweis auf die erheblichen Verluste Laits im Vergleich zu Tsai bei ihrer Wiederwahl 2020 sowie des Verlust der Parlamentsmehrheit stellten Sprecher des chinesischen Außenministeriums und des Büros für Taiwanangelegenheiten fest, dass die DPP keine repräsentative Vertretung der taiwanischen Bevölkerung darstelle und dass es nur ein China in der Welt gebe.



↑ Trotz des ausgelassenen Jubels am Wahlabend: Die DPP wird im Parlament künftig Koalitionspartner für eine Stimmehrheit brauchen.



↑ Nach Stimmen stärkste Kraft im Parlament wurde die Partei KMT. Sie erhielt 52 der insgesamt 113 Sitze.



←

Tausende Unterstützer kamen am 13. Januar in Taipeh zusammen, um gemeinsam den Sieg ihres Kandidaten Lai Ching-Te (William Lai) bei den Präsidentschaftswahlen von Taiwan zu feiern.

zwölf kleineren Nationen, versucht die Volksrepublik der taiwanischen Bevölkerung ihre angebliche internationale Isolierung vor Augen zu führen.

Auch dürfte die Volksrepublik ihre militärischen Übungen hart an taiwanischen Grenzlinien wie der Mittellinie in der Taiwanstraße oder der von Taiwan ausgerufenen Luftkontrollzone (ADIZ) fortsetzen, mithilfe von Desinformationskampagnen versuchen, den Zusammenhalt in der taiwanischen Gesellschaft zu untergraben, und durch weitere Strafzölle auf taiwanische Produkte das 2010 während der Präsidentschaft Ma Ying-jeou (KMT) abgeschlossene Rahmenabkommen über Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECFA), eine Art Freihandelsabkommen, weiter auszuhöhlen. Es steht zu erwarten, dass die Politik der Provokationen in den Grauzonen unterhalb der Schwelle offener Gewaltanwendung auf dem seit Langem bekannten Niveau fortgeführt wird.

Solange der neue Präsident Lai Ching-te sich vor und nach seiner Amtsübernahme am 20. Mai 2024 an seine Zusagen aus dem Wahlkampf hält und auf Äußerungen zu weitergehenden Unabhängigkeitsbemühungen Taiwans verzichtet, dürfte jedoch auch die Volksrepublik kein Interesse an einer massiven Eskalation der Situation in der Taiwan-Straße haben. Zum einen geht die Volksrepublik durch wirtschaftlich schwierige Zeiten,

hat offenkundig eine Führungskrise in ihren Streitkräften zu bewältigen und wird daher eine Verschlechterung der Beziehungen zu den USA, aber auch zur

Andererseits zückte die Volksrepublik sehr schnell eine ihrer zumindest symbolisch sehr scharfen Waffen: Bereits am Tag nach den taiwanischen Wahlen erklärte der Inselstaat Nauru, die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abubrechen und solche mit der Volksrepublik aufzunehmen – was dann am 24. Januar 2024 in Beijing durch die Außenminister Wang Yi und Lionel Aingimea auch besiegelt wurde. Nauru ist damit das zehnte Land seit dem Regierungsantritt der DPP 2016, das sich von Taiwan abwendet. Auch wenn die informellen Beziehungen Taiwans etwa zu den USA, Japan, Deutschland und zahllosen weiteren Staaten und Organisationen wie der EU bei Weitem wichtiger sind als die formellen Beziehungen zu nunmehr noch



↑ Song Tao, Leiter des Büros für Taiwan-Angelegenheiten der Volksrepublik China: „Wahl zwischen Krieg und Frieden“

Trotz der Aussicht auf vier weitere Jahre einer DPP-Präsidentschaft fielen die Reaktionen Beijings auf das Wahlergebnis eher zurückhaltend aus.



→ Mit der „Haikun“-Klasse hat Taiwan 2023 erstmals ein eigenes U-Boot-Programm aufgelegt. Die Unterwasserfahrzeuge mit Diesel-Elektro-Antrieb sollen dazu beitragen, die Volksrepublik China von einer Invasion abzuhalten.

Europäischen Union (EU) als unausweichliche Folge insbesondere eines militärischen Szenarios vermeiden wollen.

Mit Blick auf eine Militäroperation zur Einnahme Taiwans analysiert die Führung in Beijing zudem den russischen Krieg in der Ukraine sicher sehr genau. Die Einnahme einer im Wesentlichen

ungleich höher eingeschätzt wird als die der taiwanischen. Unter einem möglicherweise mehr isolationistisch auftretenden US-Präsidenten Trump, der Taiwan wiederholt vorgeworfen hat, die USA um ihre Chipindustrie bestohlen zu haben, könnte China auch in der Taiwan-Frage neue Handlungsspielräume für sich entdecken.

Trainingsbereiche des chinesischen Militärs

- Hoheitsgewässer Taiwan
- - - Mittellinie der Taiwanstraße
- Vom chinesischen Militär erklärte Sperrzonen 4.-7. August 2022

Quelle: AFP



↑ Ob Taiwan sich bei einer möglichen Wiederwahl Donald Trumps auf die USA verlassen kann, ist offen.

Die Ein-China-Politik der Bundesrepublik:

Diplomatische Beziehungen bestehen nur mit der Volksrepublik China. Mit Taiwan unterhält Deutschland in vielen Bereichen enge und gute Beziehungen und will diese ausbauen. Im Rahmen der EU unterstützt Deutschland die sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen.

aus Bergen und Städten bestehenden Insel gegen gut ausgerüstete und ausgebildete Streitkräfte wäre nur unter Inkaufnahme hoher eigener Verluste möglich. Optimistischere Szenarien, die von einem schnellen Sieg und geringen Opferzahlen ausgehen, dürften angesichts der russischen Erfahrungen in einem anderen Licht gesehen werden.

Vor allem aber dürfte Beijing den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA am 5. November dieses Jahres abwarten wollen, deren Bedeutung als

Perspektiven

Die Zukunft eines freien und demokratischen Taiwans liegt in einer gesicherten Erhaltung des Status quo. Alternative Szenarien erscheinen wenig aussichtsreich. Weder wird die Volksrepublik eine formelle Unabhängigkeit Taiwans akzeptieren, noch ist der Republik China und ihren Menschen eine Wiedervereinigung auf der Grundlage des noch von Reformen Deng Xiaoping ausgerufenen Prinzips „Ein Land – Zwei Systeme“ zuzumuten. Letzteres wurde spätestens 2020 mit



dem sogenannten „Gesetz über die Nationale Sicherheit“ in Hongkong zu Grabe getragen – und wird auch auf chinesischer Seite praktisch nicht mehr erwähnt.

Vielmehr wird es darauf ankommen, die Balance zwischen der Fähigkeit zur Abschreckung von und Verteidigung gegen chinesische Bedrohungen sowie die Bereitschaft zu Kooperation und Dialog mit dem Festland zu bewahren. Unter Tsai Ing-wen ist die Wehrpflicht wieder auf ein Jahr erhöht worden, ist mit der „Haikun“-Klasse ein eigenes U-Boot-Programm aufgelegt und die Rüstungskooperation mit den USA verstärkt worden. Zugleich wurde die de-facto-Unabhängigkeit Taiwans als wichtiges Gut angesehen, welches nicht durch das Spiel mit dem Feuer einer offiziellen Unabhängigkeitserklärung gefährdet werden darf.

Dies sollte auch die strategische Richtschnur der neuen Regierung unter Lai Ching-te sein, um künftig eine „Wahl zwischen Krieg und Frieden“ zu vermeiden. An ihr sollten sich auch die westlichen Partner Taiwans orientieren.



**Prof. Dr.
Sven Bernhard Gareis**

ist Leiter der Fakultät Politik, Strategie, Gesellschaftswissenschaften (PSGW) an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Der Oberst d.R. ist zudem Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.